

Landkreis Ravensburg

den 08. Dez. 2017

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 12.10.2017 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 18:10 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Eugen Abler,

Herr Rolf Engler,

Frau Josefine Haberkorn,

Herr Thomas Kellenberger,

Herr Peter Müller,

Herr Christian Natterer,

Vertretung für KR Moll

Frau Dr. Silke Rieser,

Herr Daniel Steiner,

FWV

Herr Markus Ewald,
Herr Hans Peter Künst,
Frau Christa Stierle,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf,
Herr Siegfried Spangenberg,

SPD

Herr Gerhard Lang,
Frau Gisela Müller,

Vertretung für KR Clément

FDP

Herr Prof. Dr. Bernd Steidle,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Selina Nußbaumer,

von der Verwaltung

Frau Diana E. Raedler,
Frau Carolin Geiger,
Frau Isabel Hoever,

Dezernentin Arbeit und Soziales
Sachgebietsleiterin SGB XII
Stabstelle Sozialplanung

Gäste

Herr Christian Sauter,
Frau Brigitte Restle,
Frau Marion Müller,
Herr Christian Gerle,

Caritas Bodensee-Oberschwaben zu, TOP 3
Netzwerk Demenz, zu TOP 4
Netzwerk Demenz, zu TOP 4
Kommunalverband für Jugend und Soziales
(KVJS), zu TOP 5

Abwesend:

CDU

Herr Clemens Moll,

wird von KR Natterer vertreten

FWV

Herr Matthias Grad,

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Ursula Hilpert,

SPD

Herr Peter Clément,

wird von KR G. Lang vertreten

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

3. 0149/2017
Suchtpräventionsprojekt HaLT - Hart am Limit - Verlängerung

Mitteilungsvorlagen

4. 0147/2017
Netzwerk Demenz - Sachstandsbericht;
Gäste: Frau Brigitte Restle und Frau Marion Müller, Netzwerk Demenz
5. 0148/2017
Kreistransfer - Ergebnisse der Situationsanalyse des KVJS;
Gast: Herr Christian Gerle, Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS)
6. 0146/2017
Bundesteilhabegesetz (BTHG) - aktueller Sachstand
7. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

8. 0151/2017
Seniorenpolitisches Konzept - Gesamtbericht;
Gast: Frau Annerose Knäpple, Geschäftsführerin der aku GmbH

9. 0150/2017

Konzeption zur Versorgung Drogenabhängiger (bisher Kontaktladen)

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

10. 0106-1/2017

Fortschreibung Kreisstrategie 2018

11. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Sozialausschusses wurden am 26.09.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Der Vorsitzende teilt mit, dass TOP 8 von der Tagesordnung abgesetzt wird, da die Vorlage noch nicht beratungsreif sei. Außerdem erläutert er, dass zu TOP 10 zwei Tischvorlagen verteilt wurden. Die Zu-Vorlage 0106-1/2017/1a - Anlage 8a soll zusätzlich vorberaten werden, während die Anlage 9 der Vorlage 0106-1/2017 durch die Zu-Vorlage 0106-1/2017/1b - Anlage 9 ersetzt werde.

Anmerkung der Schriftführung

Die Zu-Vorlage 0106-1/2017/1a - Anlage 8a sowie die die Zu-Vorlage 0106-1/2017/1b - Anlage 9 wurden als Anlagen in session hinterlegt.

Darüber hinaus gibt es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Beratungsergebnis: geändert

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zum Protokoll der Sitzung am 22.06.2017 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten der Stabstelle Sozialplanung

3. 0149/2017

Suchtpräventionsprojekt HaLT - Hart am Limit - Verlängerung

Herr Sauter führt mit einer PowerPoint Präsentation in das Thema ein.

KRin Müller bewertet es zum einen als erfreulich, dass die Maßnahmen zur Prävention von Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen Wirkung zeigten. Zum anderen würde sich das Problem allerdings auf weitere Rauschmittel verlagern. Daher stelle sich die Frage, nach einer Neuausrichtung des Projektes.

Frau Raedler teilt mit, dass das Projekt bereits auf andere Rauschmittel erweitert wurde.

KR Engler sieht die Maßnahme als „Erfolgsprojekt für den Landkreis“. Er bewertet die Zahlen als gut, möchte aber wissen, wie man mit der Dunkelziffer umgehe. Man solle durch eine Änderung des Namens des Projektes offen kommunizieren, dass man sich neben dem Missbrauch von Alkohol auch anderer Rauschmittel annehme und, dass dieses Thema für den Landkreis von großer Bedeutung sei.

Frau Raedler erklärt, dass der Name des Projektes auf das Bundesprojekt zurückzuführen sei. Die in der Vergangenheit erfasste hohe Zahl der alkoholabhängigen Jugendlichen im Landkreis Ravensburg sei vor allem dadurch zustande gekommen, dass man eine hohe Dunkelziffer erfasst habe. Sie plädiert dafür, das Projekt zu verlängern und an die Veränderungen anzupassen.

KR Kunst möchte wissen, inwiefern Kontakt zu den Schulen vorhanden ist.

Herr Sauter betont, dass das Kooperationsprojekt HaLT für Lehrer eine große Stütze im Umgang mit dem Missbrauch von Rauschmitteln durch Schüler darstelle, da die strafrechtliche Relevanz von Drogenmissbrauch häufig eine Hemmschwelle für das Handeln von Lehrern sei.

Beschlussentwurf:

Das Kooperationsprojekt HaLT wird um weitere drei Jahre, bis zum 31.12.2020 verlängert.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

4. 0147/2017

Netzwerk Demenz - Sachstandsbericht;

Gäste: Frau Brigitte Restle und Frau Marion Müller, Netzwerk Demenz

Frau Raedler und Frau Restle führen mit einer PowerPoint-Präsentation in das Thema ein.

Frau Raedler dankt Frau Restle für ihr großes und langjähriges Engagement.

Der Vorsitzende lobt die Idee zur Gründung des Netzwerkes und bedankt sich bei Frau Restle für die durch ihre Leitung sehr gute Entwicklung. Er teilt mit, dass Frau Müller als Nachfolgerin von Frau Restle die Leitung des „Netzwerkes Demenz“ übernehmen wird.

Frau Müller stellt sich und ihren beruflichen Werdegang vor. Sie arbeite seit August mit Frau Restle zusammen, um eine gute Übergabe zu gewährleisten.

KR Engler beschreibt Frau Restle als „Glücksgriff“ für das Netzwerk und dankt ihr für die „hervorragende Leistung“. Weil Menschen mit Demenz in der Gesellschaft keine große Lobby hätten, wäre das Projekt mit seinem ganzheitlichen Ansatz wichtig für Betroffene.

KRin Müller bedankt sich bei Frau Restle für die geleistete Arbeit und stellt insbesondere den therapeutischen Ansatz, mit Humor und Musik auf demente Menschen zuzugehen, als vorbildlich heraus.

KRin Fiegel-Hertrampf möchte von Frau Restle wissen, ob sie Erfahrung mit Selbsthilfegruppen habe.

Frau Restle bejaht und teilt mit, dass es neben Selbsthilfegruppen auch viel ehrenamtliches Engagement, wie Nachbarschaftshilfen gebe. Sie plädiert dafür, dass Ärzte mehr über solche Angebote informieren.

KRin Dr. Rieser hält die Auslage von Flyern des Netzwerkes in Arztpraxen und Apotheken für wichtig. Außerdem sollte der Link zur Homepage publik gemacht werden.

Frau Raedler greift diese Bitte auf und sagt zu, den Mitgliedern des Sozialausschusses die Emailadresse von Frau Restle zukommen zu lassen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5. 0148/2017

Kreistransfer - Ergebnisse der Situationsanalyse des KVJS;

Gast: Herr Christian Gerle, Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS)

Herr Gerle stellt die Situationsanalyse mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KRin Fiegel-Hertrampf möchte wissen, welche zusätzlichen Kosten bei einem Verzicht auf einen überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe auf das Landratsamt zukommen.

KR Engler kritisiert das Fehlen einer verpflichtenden Regelung für die Dezentralisierung von Wohnangeboten.

Herr Gerle sieht hier die Landkreise gemeinsam mit den Trägern gefordert, politischen Druck auszuüben. Er beschreibt die Problematik, dass im Rahmen der Sozialpsychiatrie der Landkreis, in dem der behinderte Mensch seinen gewöhnlichen Aufenthalt habe, die Kosten übernehmen müsse. Damit werde ein Qualitätsmerkmal mit finanziellen Belastungen verbunden.

KRin Müller sieht bei einem Verzicht auf einen überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe den Landkreis mit zusätzlichen Aufgaben und Koordinierungsproblemen konfrontiert. Da die Kapazitäten des Landkreises ausgeschöpft wären, müssten andere Landkreise selbst Leistungen für ihre behinderten Kreiseinwohner zur Verfügung stellen.

KRin Fiegel-Hertrampf hält es für schwierig, andere Landkreise dazu zu bewegen, Versorgungsstrukturen der Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie zu schaffen, die in anderen Regionen bereits gewachsen seien. Ein finanzieller Ausgleich wäre aber möglich.

KRin Dr. Rieser möchte prüfen, welche Leistungen andere Landkreise erbringen könnten, die den Einwohnern des Landkreises Ravensburg helfen. Außerdem solle die Anschlussunterbringung von behinderten Menschen in der Eingliederungshilfe im Her-

kunftslandkreis forciert werden.

Herr Gerle bewertet in diesem Zusammenhang insbesondere das Schulangebot für schwer verhaltensauffällige Kinder als bedeutsam. Der Landkreis Ravensburg hätte hier das beste Angebot vorzuweisen, was dazu führe, dass diese Menschen anschließend in der Eingliederungshilfe häufig vor Ort blieben. Dies führe zu Kosten für den Landkreis. Hier erwarte er eine Veränderung durch die Umsetzung der Inklusion an Regelschulen.

KRin Haberkorn gibt zu bedenken, dass das Wegbrechen von Einrichtungen der Eingliederungshilfe gerade für finanziell schwache Gemeinden, insbesondere aufgrund der fehlenden Arbeitsplätze, eine große Sorge darstelle.

Frau Raedler erklärt, dass die Thematik sehr komplex sei. Der Landkreis Ravensburg befände sich in einer besonderen Situation, da er im Land Baden-Württemberg die höchsten Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe vorzuweisen habe. Es fehle an einer überregionalen Steuerung. Langfristig solle diese aber erreicht werden, um einen landesweiten Ausgleich zu erreichen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6. 0146/2017

Bundesteilhabegesetz (BTHG) - aktueller Sachstand

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7. **Mitteilungen und Anfragen**

Inklusionskonferenz

KRin Fiegel-Hertrampf gibt eine positive Rückmeldung und möchte wissen, ob eine Weiterführung geplant ist.

Frau Raedler teilt mit, dass am 18. Oktober 2017 die Abschlussveranstaltung stattfindet. Man habe eine Verlängerung um ein Jahr erwogen, sei aber zu dem Ergebnis gekommen, dass man zunächst die erzielten Ergebnisse umsetzen wolle. Der Begleitaus-

schuss führe seine Arbeit fort.

Der Vorsitzende stimmt dem zu und schlägt vor, dass der Kreistag politisch darüber diskutieren solle, wo man jetzt stehe, was man bereits erreicht habe und was man jetzt benötige.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Sozialausschuss am 12.10.2017:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

8. 0151/2017

Seniorenpolitisches Konzept - Gesamtbericht;

Gast: Frau Annerose Knäpple, Geschäftsführerin der aku GmbH

Beratungsergebnis: abgesetzt

9. 0150/2017

Konzeption zur Versorgung Drogenabhängiger (bisher Kontaktladen)

Beschlussentwurf:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

1. Das Versorgungsangebot für Konsumenten illegaler Drogen (bisher Kontaktladen „Die Insel“) soll für zunächst fünf Jahre fortgeführt werden.
2. Der Neukonzeption zur Versorgung von Drogenabhängigen (**Anlage 1**) wird vorbehaltlich einer Landesförderung der Personalstellen mit folgenden Maßgaben zugestimmt:
 - a) Die Stadt Ravensburg sichert die Immobilie in der Rosmarinstraße 7 in Ravensburg und stellt diese für den weiteren Betrieb des Kontaktladens zur Verfügung.
 - b) Mit dem Betrieb des Kontaktladens wird ein freier Träger beauftragt. Hierzu wird eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt.
 - c) Innerhalb von drei Jahren wird der Anteil der Kostenbeteiligung der Stadt Ravensburg neu verhandelt und das Angebot evaluiert.
 - d) Die Verwaltung tritt an weitere Städte und Gemeinden wegen einer finanziellen Beteiligung heran.
 - e) Die Verwaltung unterstützt die Initiierung eines Fördervereins zur Un-

terstützung des Kontaktladens.

3. Für die Umsetzung des Angebots werden in den Haushaltsjahren 2018 ff. jeweils 65.000 € bereitgestellt.

Die Bewilligung der Finanzmittel erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die erforderlichen Ressourcen im Kreishaushalt für das Jahr 2018 tatsächlich bereitgestellt werden.

Modifizierter Beschlusssentwurf (mit redaktioneller Änderung) auf Änderungsantrag von KR Engler:

~~Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:~~

1. Das Versorgungsangebot für Konsumenten illegaler Drogen (bisher Kontaktladen „Die Insel“) soll für zunächst fünf Jahre fortgeführt werden.
2. Der Neukonzeption zur Versorgung von Drogenabhängigen (**Anlage 1**) wird vorbehaltlich einer Landesförderung der Personalstellen mit folgenden Maßgaben zugestimmt:

a) Die Stadt Ravensburg sichert die Immobilie in der Rosmarinstraße 7 in Ravensburg und stellt diese für den weiteren Betrieb des Kontaktladens zur Verfügung.

b) Mit dem Betrieb des Kontaktladens wird ein freier Träger beauftragt. Hierzu wird eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt.

~~**e) Innerhalb von drei Jahren wird der Anteil der Kostenbeteiligung der Stadt Ravensburg neu verhandelt und das Angebot evaluiert.**~~

d) Die Verwaltung tritt an weitere Städte und Gemeinden wegen einer finanziellen Beteiligung heran.

e) Die Verwaltung unterstützt die Initiierung eines Fördervereins zur Unterstützung des Kontaktladens.

3. Für die Umsetzung des Angebots werden in den Haushaltsjahren 2018 ff. jeweils 65.000 € bereitgestellt.

Die Bewilligung der Finanzmittel erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die erforderlichen Ressourcen im Kreishaushalt für das Jahr 2018 tatsächlich bereitgestellt werden.

Beratungsergebnis: einstimmig **modifiziert** empfohlen

Beratungsergebnis: einstimmig modifiziert empfohlen

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

10. 0106-1/2017

Fortschreibung Kreisstrategie 2018

Beschlussentwurf Anlage 1 zur Vorlage 0106-1/2017, Seite 1:

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Beschlussentwurf Anlage 1 zur Vorlage 0106-1/2017, Seite 2:

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Beschlussentwurf Anlage 1 zur Vorlage 0106-1/2017, Seite 3:

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Beschlussentwurf Anlage 8 zur Vorlage 0106-1/2017:

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Beschlussentwurf Anlage 8a zur Zu-Vorlage 0106-1/2017/1a:

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Beschlussentwurf Anlage 9 zur Zu-Vorlage 0106-1/2017/1b, Seiten 1 und 2:

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Selina Nußbaumer

Kreisräte

Siegfried Spangenberg

Peter Müller